

# Betreiber erhöhen Leistung des AKW Leibstadt massiv

Grösstes AKW wird bis 2015 rund 100 Megawatt mehr Leistung haben als 2003. Dies entspricht einem Viertel Mühlebergs

Im AKW Leibstadt soll die Leistung um bis zu 5 Prozent erhöht werden. Das entspricht dem Energie-Jahresverbrauch von knapp 100 000 Haushalten.

VON YVES DEMUTH

Während in Bern über das Ende des Atomzeitalters debattiert wird, arbeiten die Betreiber des grössten Schweizer AKW Leibstadt an «Grossprojekten», welche die Lebensdauer des Reaktors verlängern und dessen Leistung erhöhen werden. Dies zei-

gen offizielle Ausschreibungen im «Amtsblatt des Kantons Aargau». So sucht Leibstadt etwa zwischen September 2011 und März 2014 Personal zur Durchführung von Elektroinstallationsarbeiten. Als Nachweis werden Arbeiten «in vergleichbaren Nuklearanlagen» verlangt.

Andreas Pfeiffer, Kraftwerksleiter von Leibstadt, bestätigt, dass die Ausschreibung im Zusammenhang mit «Grossprojekten» stehe, welche «in den kommenden Jahren im Kernkraftwerk Leibstadt realisiert werden sollen». Nach Abschluss der Arbeiten im Jahr 2014 oder 2015 rechnet Pfeiffer «voraussichtlich mit einer Leis-

tungssteigerung von 2 bis 5 Prozent im Vergleich zum Jahr 2009». Dies ist eine Steigerung um rund 60 Megawatt, was einem Fünftel des AKWs Mühleberg entspricht.

Damit kann Leibstadt rund 492 Gigawattsstunden mehr Strom produzieren, was dem Jahresverbrauch von knapp 100 000 Haushalten entspricht. Zwischen 2003 und 2014 wurde und wird in Leibstadt die Bruttoleistung somit von 1165 auf 1265 Megawatt erhöht. Das entspricht 28 Prozent von Mühleberg.

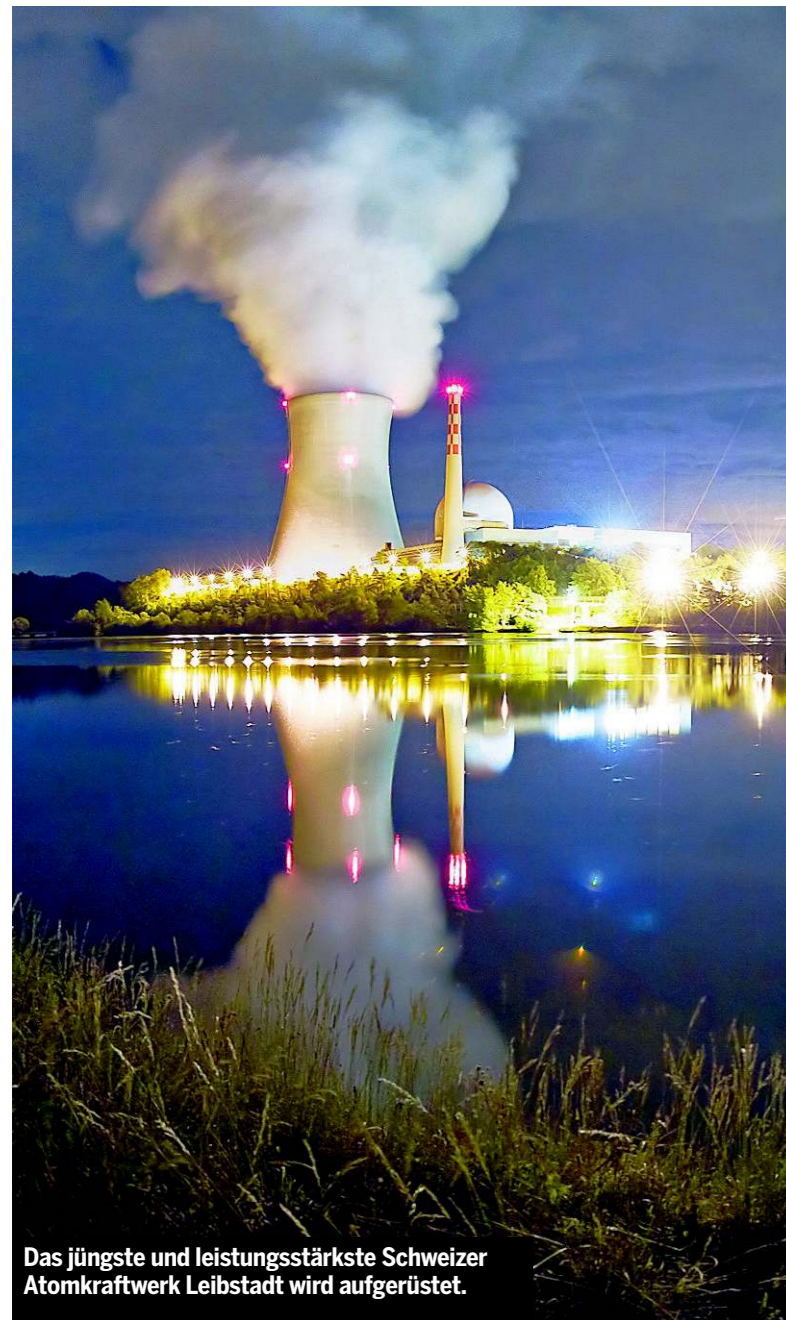
EINEN DREISTELLIGEN Millionenbetrag geben die Leibstadt-Betreiber insgesamt für die Aufrüstung des AKW zwischen 2009 und 2014 aus, wie Pfeiffer sagt. Als Nächstes erfolgt im nächsten Jahr der Einbau eines neuen Generators, dessen Maximalleistung 1270 Megawatt beträgt, 15 Megawatt mehr als zuvor. Danach folgt die Montage eines neuen Dampfkondensators, der rund 20 Megawatt Mehrleistung bringen soll. Den Auftrag dafür hat die Leibstadt-Leitung am 21. März, zehn Tage nach Fukushima, an Alstom vergeben.

Bereits im vergangenen Sommer wurden drei neue Niederdruckturbinen eingebaut, die dank eines höheren Wirkungsgrades die Nettoleistung des AKW um 40 Megawatt erhöhen.

DIE LEBENSDAUER von Leibstadt kann mit den Erneuerungen verlängert werden. «Alle Investitionen sind auf die betriebswirtschaftliche Betriebsdauer von 50 Jahren ausgelegt. 60 Jahre ist unsere vorgesehene technische Betriebsdauer», sagt Pfeiffer.

Das heisst, aus technischer Sicht kann Leibstadt bis 2044 betrieben werden, während die Investitionen bereits 2034 abgeschlossen sein werden. Die letzten zehn Jahre wären für die Betreiber also die lukrativsten. Der Bundesrat rechnet indes mit einem Betriebsende im Jahr 2034.

Das AKW Leibstadt gehört zu 52,7 Prozent der Axpo-Gruppe (inklusive CKW und EGL), zu 32,4 Prozent Alpiq, zu 9,5 Prozent der BKW sowie zu 5,4 Prozent dem Aargauischen Kantonswerk AEW. Leibstadt produziert im Gegensatz zu Gösgen und Beznau ohne die problematischen plutoniumhaltigen Mox-Brennstäbe. In diesen beiden AKW will man ab 2012 beziehungsweise 2013 auf Mox-Stäbe verzichten, wie die Betreiber auf Anfrage sagen.



Das jüngste und leistungsstärkste Schweizer Atomkraftwerk Leibstadt wird auferüstet.

# Seco fordert 11,4 Millionen Franken ausbezahlte Kurzarbeitsgelder zurück

168 Firmen haben in den letzten zwei Jahren unrechtmässig Entschädigungen bezogen

VON YVES DEMUTH

Obwohl die Krise längst vorbei ist, haben die Kurzarbeits-Kontrollleure des Bundes noch einiges zu tun. Sie prüfen noch immer, ob es in den Jahren 2009 und 2010 beim Bezug von Kurzarbeitsentschädigungen in Höhe von 1,41 Milliarden Franken zu Missbräuchen gekommen ist.

Im letzten Jahr hat das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) nach 140 Kontrollen gegen 103 Betriebe Rückforderungen verfügt. Insgesamt geht es dabei um 9 Millionen Franken, welche hauptsächlich während des Krisenjahres 2009 unrechtmässig bezogen worden sind. In 14 Fällen reichte das Seco Strafanzeige gegen die Firmen ein, da die Leistungsbezi-

ger klar missbräuchlich waren. Bei den übrigen Fällen handelte es sich laut Seco zwar um ein Fehlverhalten des Betriebs, das aber ohne Missbrauchsabsicht begangen worden war. Die grösste einzelne Rückforderungssumme beläuft sich auf 1,037 Millionen Franken.

VON 65 BETRIEBEN forderte das Seco bereits 2009 Kurzarbeitsgeld in der Höhe von 2,4 Millionen Franken zurück. Insgesamt haben also 168 Unternehmen in den vergangenen zwei Jahren 11,4 Millionen Franken unrechtmässig bezogen. Diese Summe kann noch weiter steigen, da die Kontrollleure des Seco noch weitere Prüfungen vornehmen. Denn

wegen des starken Anstiegs der Kurzarbeit im Jahr 2009 wird die Anzahl Arbeitgeberkontrollen weiterhin hochgehalten. Das Seco rechnet damit, noch bis 2012 Kontrollen von Abrechnungen des Jahres 2009 vornehmen zu müssen.

Trotz den hohen Summen kommt das Seco aber nicht zum Schluss, dass in Zeiten der Krise überdurchschnittlich Missbrauch betrieben werde. Missbräuchliche Leistungsbezüge bei Kurzarbeit lösten bereits im Vorkrisenjahr 2007 Strafanzeigen gegen sieben Unternehmen aus. Die Zahl der Betriebe, die kurzarbeiten liessen, lag auf dem Höhepunkt der Krise im Oktober 2009 bei 3637. Diesen März waren es 629.

# Bertrand Piccard und Nick Beglinger sollen Cleantech-Chefs werden

Swisscleantech-Präsident Beglinger investiert einen Grossteil seines Vermögens in die Verbandsarbeit und will jetzt mehr Einfluss

Swisscleantech-Präsident Nick Beglinger wird bereits als achter Bundesrat gehandelt. Jetzt will er mit Bertrand Piccard hoch hinaus.

VON BEAT SCHMID

Nächste Woche geht es um die Wurst für Nick Beglinger, den Chef des Verbands Swisscleantech. Dann entscheidet der vom Bund finanzierte Ausschuss der Osec, wer die Vermarktungsplattform Cleantech präsidieren soll. Wie «Der Sonntag» in Erfahrung gebracht hat, bewirbt sich mit Bertrand Piccard ein prominenter Gesichts für den Job.

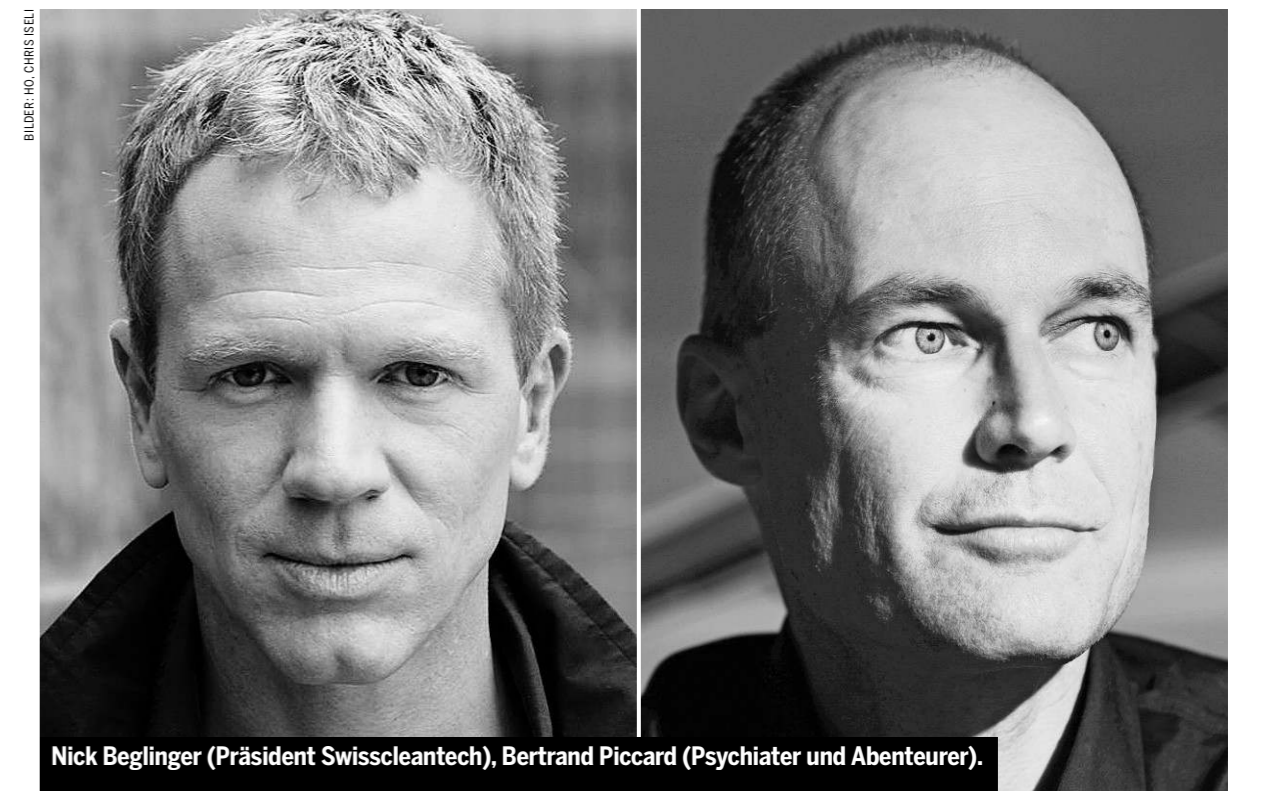
Beglinger und Piccard sollen gemeinsam die Cleantech-Plattform der Osec leiten. Beglinger will sich dabei auf das Vizepräsidium beschränken, wie er auf Anfrage bestätigt. Am Freitag entscheidet sich, wer das Rennen um die Nachfolge des zurückgetretenen ehemaligen OC-Oerlikon-Chefs Uwe Krüger machen wird.

Für Beglinger geht es um viel. Ende 2009 gründete er den Verband Swisscleantech, dem heute 210 Unternehmen angehören. Er engagiert sich sehr stark für den Verband – auch mit eigenem Geld: «Um den Verband so schnell dorthin zu bringen, wo er jetzt ist, habe ich auch eigenes Geld investiert», sagt Beglinger. Bei der Gründung waren es rund 300 000 Franken Anschubfinanzierung, im letzten Jahr nochmals 500 000 Franken. «Insgesamt sind es bis jetzt rund eine Million Franken», sagt er.

NOCH REICHEN die Beiträge der Mitglieder nicht aus, die Kosten der Verbandsarbeit zu decken. Der Verband zählt acht Vollzeitstellen, macht Studien und betreibt Öffentlichkeitsarbeit, um den Bekanntheitsgrad zu erhöhen. Die Ausgleichszahlungen laufen über die Stiftung Foundation for Global Sustainability (FFGS), die Beglinger gegründet hat und in die er einen Grossteil seines Vermögens einbrachte, wie er sagt.

Das Geld stammte vor allem vom Verkauf eines Software-Startups in Asien während der New Economy. Er arbeitete auch bei McKinsey und der Firma Maxmakers, die er Anfang der 90er-Jahre mit Partnern gründete und die Immobilienberatungen für Grossprojekte vor allem im arabischen Raum anbietet. Noch heute ist er an dieser Firma zu einem Viertel beteiligt.

Seit zwei Jahren arbeitet Beglinger voll für Swisscleantech und die FFGS-Stiftung, die 50 Prozent aller Mandate des Verbands ausführt. Mit beachtlichem Erfolg: Er brachte gegen die Economisuisse eine Verschärfung des CO<sub>2</sub>-Gesetzes durch. Den grössten Erfolg heisst er diesen Mittwoch ein, als der Nationalrat den Atomausstieg beschloss – ebenfalls gegen das Lobbying des Wirtschaftsdachverbands. Das Schweizer Radio bezeichnete ihn darauf bereits als achten Bundesrat – ein Etikett, das früher am Revers des Economisuisse-Präsidenten klebte.



Nick Beglinger (Präsident Swisscleantech), Bertrand Piccard (Psychiater und Abenteurer)

# Politiker aller Parteien fordern Sondertarif für grosse Stromverbraucher

Vier Vorstösse im Parlament sollen 50 Industriefirmen vor dem Aus retten

VON PETER BURKHARDT

Nach dem nationalrätlichen Ja zum AKW-Ausstieg befürchten energieintensive Branchen wie Stahl, Papier, Alu und Zement überdurchschnittlich steigende Strompreise in der Schweiz. Das würde rund 50 Unternehmen existenziell gefährden, denn sie hätten gegenüber der Konkurrenz in den Nachbarländern einen Wettbewerbsnachteil.

Nun machen sich Parlamentarier aller politischen Richtungen für einen Sondertarif für die betroffenen Unternehmen stark. Dem «Sonntag» liegen gleich vier Vorstösse von Solothurner Abgeordneten vor, die in dieser Session eingereicht werden: > **Sondertarif:** SP-Ständerat Roberto Zanetti fordert vom Bundesrat in einer Motion, alle notwendigen rechtlichen Grundlagen zu schaffen, um die Versorgung von grossen und besonders stromintensiven Industrieunternehmen mit Strom «zu international wettbewerbsfähigen Preisen» sicherzustellen. Sein Argument: Einige Nachbarländer versorgen ihre In-

dustrie zu Vorzugsbedingungen mit Strom, während die Preise in der Schweiz seit der Strommarktöffnung stetig ansteigen. Konkret verlangt Zanetti, dass alle grösseren Stromproduzenten einen Industriestrom-Pool bilden. Dieser beliefert dann die energieintensiven Betriebe mit Strom zu den Gestehungskosten plus einem angemessenen Gewinn. Zanettis Motion wurde von 32 Ständeräten aus allen im Rat vertretenen Fraktionen mitunterschieden.

> **Ausnahme von der KEV:** FDP-Ständerat Rolf Büttiker und 13 Mitunterzeichner aus FDP, CVP, SVP und SP fordern vom Bundesrat eine vollständige Befreiung der energieintensiven Unternehmen vom Zuschlag zur Finanzierung der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV). Diese Abgabe in Höhe von 0,45 Rappen pro Kilowattstunde Strom wird seit zwei Jahren bei allen Stromkonsumenten erhoben, um die grüne Stromproduktion zu fördern. Heute können stromintensive Betriebe nur eine Teilbefreiung verlangen.

> **Abgabenbefreiung:** Noch einen Schritt weiter geht CVP-Nationalrat Pirmin Bischof. Er verlangt vom Bundesrat in einer Motion, die Stahl-, Papier-, Zement-, Glas-, aber auch Teile der Chemie-, Textil-, Lebensmittel- und Maschinenindustrie von der kostendeckenden Einspeisevergütung, den Wasserzinsen und den Netzaufgaben zu befreien. Dies, sofern sie sich zu Energieeffizienz-Massnahmen verpflichten. Bischof wird seine Motion in dieser Woche einreichen.

> **Gesamtkonzept:** SP-Nationalrätin Bea Heim verlangt vom Bundesrat in einem Postulat eine Gesamtschau möglicher Massnahmen zur Rettung der gefährdeten Industrien. Dazu zählt sie die Befreiung der Betriebe von Konzessionsabgaben, eine Überprüfung der Netztarife und Bürgschaften für stromsparende Investitionen. Von Sondertarifen sollen aber nur Firmen profitieren, die nachweislich in eine bessere Energieeffizienz investiert haben. Heims Vorstoss wird von 26 Nationalräten von SP bis SVP unterstützt.

**Ideenreich**

«Als innovativer Küchenmöbelhersteller gehen wir mit neuen Ideen voraus. Schön, dass dies von der AKB unterstützt wird.»

Ueli Jost,  
Veriset Küchen AG

Geld ist Gefühlssache. Dabei zählen Nähe, Vertrauen und Sicherheit mehr als alles andere. Das kann nur bieten, wer auf solider Basis steht und die besonderen Bedürfnisse von Unternehmen kennt. Fragen Sie uns, denn KMUs verdienen innovative Leistungen, die neue Perspektiven eröffnen. [akb.ch](http://akb.ch)

Das sichere Gefühl.

**Aargauische Kantonalbank**